#### **Ewald Walterskirchen**

### Lebhafte Export- und Industriekonjunktur

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich gegen Jahresende 2004 günstig, aber nicht mehr so dynamisch wie im II. und III. Quartal. Exporte, Industrieproduktion und Beschäftigung stiegen im Vorjahresvergleich kräftig. Im Jänner und Februar deuten die Unternehmensumfragen auf eine leichte Verlangsamung des Erholungsprozesses hin. Die Zahl der Arbeitslosen übertraf zu Jahresbeginn wieder das Vorjahresniveau.

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 8. März 2005 • E-Mail-Adresse: Ewald. Walterskirchen@wifo.ac.at

Die heimische Konjunktur hat sich gegen Jahresende weiter erholt. Die Exporte stiegen im IV. Quartal nominell um 11½%. Dabei konnten die heimischen Unternehmen vor allem die gute Konjunktur außerhalb der EU nutzen und die Ausfuhr in die USA, nach Asien und Südosteuropa kräftig ausweiten.

Die hohen Auslandsaufträge schlugen sich in einer deutlichen Zunahme der Sachgüterproduktion nieder, sie übertraf im IV. Quartal das Vorjahresniveau durchschnittlich um 9½%. Die Kfz-Industrie boomte, auch die Investitionsgüterbranchen weiteten ihre Produktion stark aus. Nur die Konsumgüterbranchen blieben zurück – im Einklang mit der schwachen Entwicklung des privaten Konsums im Euro-Raum. In der Bauwirtschaft bessert sich die Auftragslage seit dem Sommer, nach einer ungünstigen Entwicklung im 1. Halbjahr zeichnen sich nun Produktionszuwächse ab.

Im WIFO-Konjunkturtest vom Jänner und Februar beurteilten die Sachgütererzeuger ihre Auftrags- und Geschäftslage weiterhin positiv, aber weniger günstig als in den Vormonaten. Weniger Unternehmen als im Herbst planen eine Ausweitung der Produktion. Das Verbrauchervertrauen hat sich im Gegensatz zur Unternehmerstimmung im Jahr 2004 nicht verbessert. Dennoch gaben die Konsumenten in der zweiten Jahreshälfte mehr aus. Im 2. Halbjahr überstiegen die Einzelhandelsumsätze das (schwache) reale Vorjahresniveau um etwa 2½%, es wurden auch mehr neue Pkw zugelassen. In der zweiten Jahreshälfte war vor dem Auslaufen der Investitionszuwachsprämie auch die Investitionstätigkeit rege. Die Lkw-Neuzulassungen nahmen gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel zu.

Zunehmende Wohnungs- und Energiekosten beschleunigten den Preisauftrieb im Dezember und Jänner (Inflationsrate 2,9%). Die Energiepreise trugen 0,4 Prozentpunkte zur Teuerung bei. Der jüngste Anstieg der Rohölpreise lässt einen weiteren Anstieg des Index im März erwarten. Außerordentlich stark steigen derzeit die Mieten (+9,4%) und sonstigen Wohnungskosten. Der deutliche Preisauftrieb schlug sich in einem Rückgang der Bruttorealeinkommen je Arbeitnehmer nieder: Die Tariflöhne übertrafen das Vorjahresniveau im Jänner um 2,1%, die Verbraucherpreise um 2,9%.

Mit der Konjunkturerholung wurden Beschäftigung und Stellenangebot ausgeweitet. Die Zahl der aktiv Beschäftigten nahm mit etwa +1% deutlich zu; dabei dürfte es sich auch um Vollzeitstellen handeln. Die Zahl der Arbeitslosen stieg dagegen trotz zunehmender Schulungsmaßnahmen. Ein wichtiger Grund für die enttäuschende Entwicklung der Arbeitslosenzahlen liegt im starken Zuwachs des Arbeitskräftepotentials. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte war im Jänner um 14.500 höher als im Vorjahr; immer mehr Deutsche (+9.000) weichen wegen der ungünstigen Arbeitsmarktlage auf den österreichischen Arbeitsmarkt aus. Das inländische Arbeitskräfteangebot wächst aus demographischen Gründen sowie infolge der Pensionsreform.

#### Hohes Wachstum bei zunehmendem Leistungsbilanzdefizit in den USA

Weiterhin ist die Wirtschaftsdynamik in den USA, getragen von Konsum- und Investitionsausgaben, lebhaft. Nachdem die Konjunktur durch eine sehr expansive Fiskal- und Geldpolitik in Gang gebracht worden war, hat sich ein selbsttragender Aufschwung entfaltet, der auch durch die leichte Anhebung der Zinssätze nicht beeinträchtigt wurde. Das Wirtschaftswachstum betrug im III. und im IV. Quartal rund 1% gegenüber dem Vorquartal und erreichte im Jahresdurchschnitt 2004 4,4% (nach +3% im Jahr 2003).

Die Leistungsbilanz der USA verschlechterte sich trotz Dollarabwertung weiter. Das entspricht dem J-Kurveneffekt einer Abwertung: Zunächst steigen die Importpreise, erst später reagieren die realen Exporte. Der Hauptgrund für das hohe und steigende Leistungsbilanzdefizit liegt nicht in einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sondern in einem bedeutenden Wachstumsvorsprung der Inlandsnachfrage gegenüber Europa und Japan. Ein weiterer wichtiger Grund ist die Unterbewertung des Renminbi: Das höchste Defizit der USA besteht gegenüber China.

In Japan wurden die Wirtschaftsdaten zuletzt nach unten revidiert. Das BIP wuchs demnach 2004 um 2,6% (nach +1,4% im Jahr 2003). Die Exportkonjunktur verlor im Gefolge der Dollarabwertung an Dynamik, die Inlandsnachfrage blieb relativ schwach. Gleichwohl expandierte die "kränkelnde" Wirtschaft Japans in den letzten zwei Jahren rascher als jene des Euro-Raums. Während der Yen aufwertete, profitierte China von der Bindung der Währung an den Dollar. Die chinesische Wirtschaft wuchs weiterhin sehr rasch, der Lebensstandard der Bevölkerung wird jedoch durch den niedrigen Kurs des Renminbi gedrückt.

#### Konjunkturerholung im Euro-Raum im 2. Halbjahr 2004 verlangsamt

Die Wirtschaft entwickelt sich im Euro-Raum enttäuschend. Nach einem günstigen Halbjahresergebnis schwächte sich der saisonbereinigte Anstieg des BIP in der zweiten Jahreshälfte 2004 deutlich ab. Die Wirtschaft bleibt ähnlich wie in Japan stark von der Exportentwicklung abhängig.

Nach einer kräftigen Belebung im 1. Halbjahr hat sich das Wirtschaftswachstum in Europa seit dem Sommer verlangsamt. Die starke Exportkonjunktur, die im Euro-Raum Anfang 2004 eingesetzt hatte, ließ im Herbst mit der leichten Abschwächung der Weltkonjunktur und den Folgen der Euro-Aufwertung nach. Die Erwartung, dass die Exportkonjunktur wie üblich mit einer Verzögerung auf die Inlandsnachfrage übergreifen würde, hat sich bisher nicht bestätigt.

Im III. und IV. Quartal stieg das BIP im Euro-Raum gegenüber dem Vorquartal um nur 0,2%. Privater Konsum und Investitionen erholten sich zwar im IV. Quartal nach einer Stagnation im III. Quartal, der reale Außenbeitrag schwächte sich jedoch ab.

Im Jahresdurchschnitt 2004 erreichte das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum 2%. Es war fast ausschließlich exportgetragen (Exporte +6%), Investitionen und Konsum nahmen um nur 1% zu. (Die Jahresdaten sind nicht um Arbeitstagseffekte bereinigt, sie überzeichnen das Wachstum 2004 um etwa 0,2 Prozentpunkte.)

Der hohe Euro-Kurs mindert zwar die Exportchancen des Euro-Raums, die damit verbundenen positiven Terms-of-Trade-Effekte (Rückgang der Importpreise) begünstigen aber die Inlandsnachfrage. Dennoch war der Export dank der boomenden Weltkonjunktur die Stütze der Entwicklung im Euro-Raum, die Inlandsnachfrage blieb schwach. Per Saldo sind die Auswirkungen des hohen Euro-Kurses für die Wirtschaft des Euro-Raums ungünstig. Die Unternehmen können sich zwar kurzfristig gegen Wechselkursschwankungen absichern, aber nicht langfristig gegen den damit verbundenen Anstieg der Produktionskosten gegenüber dem Dollarraum.

Die Konjunkturerholung war im Euro-Raum bisher zu schwach, um die Arbeitslosigkeit merklich zu verringern. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verharrte bei fast 9% – trotz Lohnzurückhaltung und Deregulierung der Arbeitsmärkte. Die Beschäftigungsquote stieg im Zuge der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Ausweitung von Teilzeitund geringfügiger Beschäftigung).

Das Anziehen der internationalen Energie- und Rohstoffnotierungen hatte einen Auftrieb der Verbraucherpreise zur Folge. Im Jänner erreichte die Inflationsrate im Euro-Raum 1,9%, für Februar wird sie von Eurostat auf 2,0% geschätzt. Die Teuerungsrate liegt bei der von der EZB angestrebten 2%-Marke, aber nicht wegen eines Nachfra-



geüberhangs in Europa, sondern infolge von Angebots- und Nachfrageentwicklungen auf den internationalen Rohölmärkten<sup>1</sup>). Die Europäische Zentralbank ließ die Zinssätze wie erwartet auch anlässlich ihrer jüngsten Sitzung unverändert.

Die Europäische Kommission schätzt laufend auf Basis eines Modells die Veränderung des realen BIP im nächsten und übernächsten Quartal. In diesem Modell werden die Ergebnisse von Surveys aus den Mitgliedsländern zur Stimmung von Verbrauchern und Bauwirtschaft, die Statistik der Auto-Neuzulassungen sowie der ISM-Index für die Industrie der USA als erklärende reale Variablen verwendet. Dazu kommen zwei finanzielle Größen: der real-effektive Wechselkursindex und der "yield spread" zwischen der EU und den USA. Wegen der Unsicherheit solcher Vorhersagen wird nur eine Bandbreite prognostiziert. Gemäß diesem Prognoseindikator wird im I. Quartal 2005 in der EU ein Wirtschaftswachstum von 0,3% bis 0,7% und im II. Quartal 2005 von 0,4% bis 0,8% gegenüber dem Vorquartal erwartet. In einer Phase, in der die Konjunktur in den USA außerordentlich kräftig ist, könnten allerdings die Modellergebnisse infolge der Verwendung des ISM-Index der USA ein zu optimistisches Bild liefern.

Die Entwicklung des realen BIP kann besser anhand eines Vergleichs mit früheren Konjunkturzyklen beurteilt werden: Den stärksten Einbruch erlebte die Wirtschaft der EU im I. Quartal 1993 mit –0,7% gegenüber dem Vorquartal, den raschesten Anstieg im I. Quartal 1992 (+1,5%). Im Durchschnitt der neunziger Jahre wuchs das BIP real um 0,5% gegenüber dem Vorquartal. Das Wirtschaftswachstum hat also im Euro-Raum noch nicht den Durchschnitt der neunziger Jahre erreicht und liegt weit unter dem früherer Aufschwungsphasen.

# Exportgetragenes Wachstum flaut in Deutschland ab

Die deutsche Exportwirtschaft ist von der Aufwertung des Euro besonders betroffen, da sie einen relativ hohen Anteil ihrer Ausfuhr in den Dollarraum liefert. Im III. und IV. Quartal stagnierte die Wirtschaft gegenüber dem Vorquartal, im Jahresdurchschnitt 2004 betrug das Wachstum 1,6% (nach zwei Jahren der Stagnation). Wohnbau und Konsum waren schwach.

Die Arbeitslosigkeit stieg zuletzt aus statistischen Gründen (Hartz IV) – seit Jänner 2005 werden auch die arbeitsfähigen Sozialhilfebezieher als Arbeitslose erfasst. Dadurch wird die dramatische Arbeitsmarktlage in Deutschland noch deutlicher.

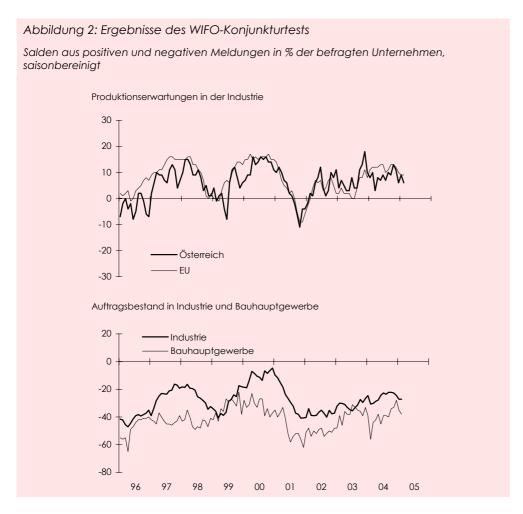
Gemessen am ifo-Geschäftsklimaindex schwankt die Stimmung der deutschen Wirtschaft. Im Februar waren die Beurteilung der aktuellen Lage und die Erwartungen etwas ungünstiger als im Vormonat. Der ZEW-Indikator zeigte eine deutliche Verbesserung an. Er ist jedoch eng mit den Aktienkursindizes korreliert; wenn die Aktienkurse steigen, werden die befragten Finanzmanager optimistischer. Aktienkurse sind jedoch zu volatil, um immer ein guter Vorlaufindikator zu sein.

#### Erwartungen laut WIFO-Konjunkturtest zu Jahresbeginn gedämpft

Die Industrieunternehmen beurteilten ihre Auftragslage im Jänner und Februar relativ günstig, aber schlechter als im Herbst. Das Verbrauchervertrauen blieb auch nach dem Inkrafttreten der Steuerreform gedrückt. Die Unternehmen der österreichischen Sachgütererzeugung schätzten ihre aktuelle Auftragslage in den WIFO-Konjunkturumfragen vom Jänner und Februar weniger günstig ein als im Herbst. Die Stimmung ist zwar positiv, aber keineswegs mit der Aufbruchstimmung früherer Aufschwungsphasen vergleichbar. Bezüglich der Geschäftslage halten sich positive und negative Meldungen die Waage. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Produktion in den letzten Monaten ausweiten konnten, wurde kleiner. Der Saldo der Produktionserwartungen ist noch leicht positiv, aber seit dem Herbst ebenfalls zurückgegangen.

Von einer hohen Exportnachfrage getragen, wurde die Sachgütererzeugung im 2. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr real um 9% ausgeweitet. Herausragend war die Expansion der Kfz-Industrie, aber auch die Investitionsgüterbranchen erzielten beträchtliche Zuwächse. Die Konsumgüterbranchen blieben zurück. Dies war auf die Schwäche der Auslandnachfrage nach Verbrauchsgütern zurückzuführen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>) Siehe dazu Pollan, W., "Der Verbraucherpreisindex als Konjunkturindikator?", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(12), S. 885-898, <a href="http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo.search.get">http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo.search.get</a> abstract type?p language=1&publid=25374.



In der Bauwirtschaft verbesserte sich die Beurteilung der Auftragslage in den letzten Monaten weiter. Ein relativ kleiner Anteil der Unternehmen bezeichnete die Auftragsbestände als "nicht ausreichend". Die Bauproduktion hatte im 2. Halbjahr steigende Tendenz.

Die Verbraucher schätzen die allgemeine Wirtschaftslage in den kommenden 12 Monaten relativ ungünstig ein. Sie planen kaum größere Anschaffungen. Nach einer Erholung im 1. Halbjahr 2004 trübte sich die Beurteilung der Konsumenten wieder deutlich ein. Dieses Stimmungstief hielt auch im Jänner und Februar an. Dies überrascht angesichts des Inkrafttretens der Steuerreform, die den Haushalten zum Teil beträchtliche Einkommensvorteile bringt. Offenbar wirken Strukturreformen sowie der Anstieg von Arbeitslosigkeit und Inflation stimmungsdämpfend. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass das Verbrauchervertrauen relativ wenig Einfluss auf das tatsächliche Konsumverhalten hat.

Die österreichische Wirtschaft konnte die gute Konjunkturlage außerhalb der EU zu einer kräftigen Ausweitung der Ausfuhr nutzen. Der Wert der Exporte in Nicht-EU-Länder überstieg das Vorjahresniveau von Jänner bis November 2004 um 16%, die Ausfuhr in die EU 25 wurde um 9% ausgeweitet. Nach einem Nachlassen im Oktober setzte sich die Exportdynamik im November und Dezember unvermindert fort. Die weniger günstige Einschätzung der Exportaufträge durch die Unternehmen lässt darauf schließen, dass sich die Exportzuwächse zu Jahresbeginn etwas abschwächten.

Besonders rasch expandierte die ausländische Nachfrage nach Pkw und Fahrzeugteilen. Die heimische Industrie profitierte von den Zulieferverflechtungen mit der deutschen Exportindustrie. Noch stärker wuchs die Ausfuhr in die USA, nach Asien und Südosteuropa. Die USA wurden 2004 zum drittwichtigsten Ausfuhrmarkt Österreichs, und die Exporte nach China übertrafen jene nach Japan.

#### Hohe Dynamik der Exporte in Nicht-EU-Staaten

Die heimischen Unternehmen nutzten 2004 ihre Exportchancen in den USA, in Asien und Südosteuropa. Anfang 2005 beurteilten sie ihre Auslandsaufträge etwas weniger günstig. Die Warenimporte stiegen 2004 mit +10½% deutlich schwächer als die Ausfuhr (+13%). Ein zunehmender Teil der Importe – insbesondere von intermediären Gütern – ist Input für die Exporte. Relativ stark expandierte die Nachfrage nach Maschinen und Fahrzeugen. Das spiegelt die kräftige Investitionstätigkeit wider, die durch die Investitionszuwachsprämie stimuliert wurde. Da die Förderung Ende 2004 auslief, waren am Jahresende hohe Vorziehinvestitionen (Lkw) zu verzeichnen. Die Ergebnisse des WIFO-Investitionstests lassen für 2005 einen leichten Rückgang der Investitionen der Sachgüterproduzenten erwarten, eine Reaktion auf die hohen steuerlich stimulierten Investitionen der letzten Jahre.

#### Erholung des Wintertourismus zu Jahresbeginn

Der Tourismus entwickelte sich vor dem Hintergrund der Schwäche der Konjunktur in Deutschland und den Niederlanden zufriedenstellend. Die Umsätze stiegen im Zeitraum November 2004 bis Jänner 2005 nach vorläufigen Berechnungen gegenüber dem Vorjahr nominell um 4,4%. Auch in realer Rechnung ergab sich ein deutlicher Zuwachs. Mit der Nachfrageerholung im Jänner wurden die ungünstigen Bedingungen zu Beginn der Saison großteils ausgeglichen.

Die Zahl der Nächtigungen stieg von November bis Jänner gegenüber dem Vorjahr um 2%. Etwas niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres war die Nachfrage von Niederländern und Italienern, jene der deutschen und Schweizer Gäste stagnierte. Mehr Gäste als ein Jahr zuvor kamen hingegen aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Belgien.

Überdurchschnittlich wurde der Umsatz in Westösterreich gesteigert (Salzburg, Tirol und Vorarlberg). Unter allen Bundesländern verzeichnete nur Kärnten ein leicht rückläufiges Ergebnis.

## Anstieg der Einzelhandelsumsätze

Die Einschätzung der Einzelhandelsentwicklung wird durch Unsicherheiten bezüglich des Preisauftriebs (Deflatoren des Einzelhandels) erschwert. Besondere Schwierigkeiten entstehen durch die Zuordnung großer Handelsketten mit breitem Sortiment zum Nahrungsmittelbereich.

Nach einer schwachen Entwicklung im 1. Halbjahr nahmen die realen Einzelhandelsumsätze im III. Quartal gegenüber dem (niedrigen) Vorjahresniveau um fast 3% zu, im IV. Quartal setzten sich die Zuwächse fort (+2%). Relativ kräftig stieg auch die Zahl der Pkw-Neuzulassungen (+4,6% im IV. Quartal). Der Großhandel profitierte vom regen Außenhandel und der Zunahme der Investitionstätigkeit zu Jahresende.

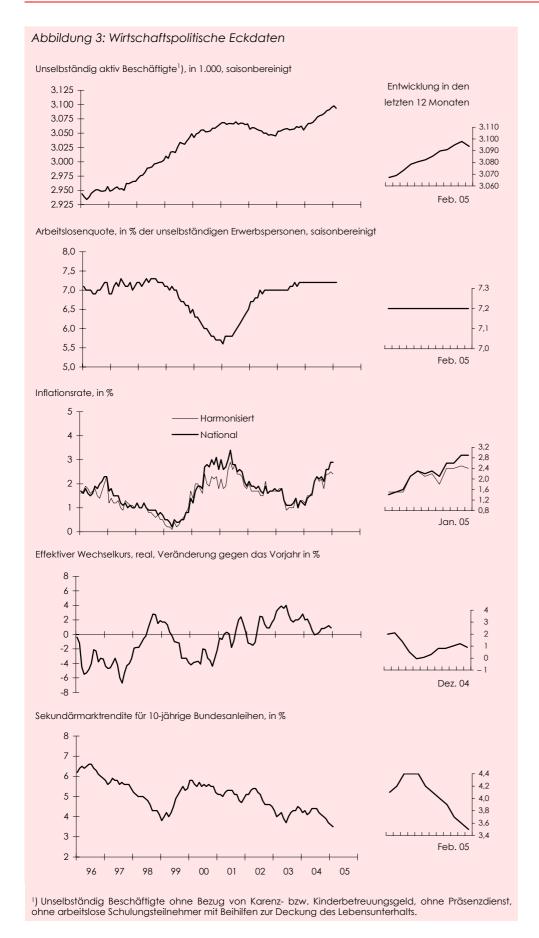
Die Konjunkturerholung, die Beschäftigungsausweitung und die Verringerung der Lohn- und Einkommensteuerbelastung durch die Steuerreform dürften zu Jahresbeginn einen weiteren Anstieg der Einzelhandelsumsätze bewirkt haben; allerdings sind dazu noch keine Statistiken verfügbar.

#### Inflation durch Wohnungsaufwand und Energie angeheizt

Die Teuerungsrate blieb auch im Jänner mit 2,9% hoch. Dazu trug der Anstieg der Mieten und Energiepreise entscheidend bei. Die Tariflohnsteigerung fiel deutlich hinter den Preisauftrieb zurück. Die Inflationsrate verharrte im Jänner bei 2,9%. Damit lag sie wie im Dezember auf dem höchsten Stand seit Mai 2001. Ohne Saisonwaren übertraf die Teuerung sogar die 3%-Marke (+3,1%). Verursacht wurde dieser Preisauftrieb vor allem durch den Anstieg der Wohnungskosten: Mieten (+9,4%), Betriebskosten (+12,6%) und Heizkosten (+7,2%) zogen kräftig an. Die gesamten Energiepreise trugen mit +7,9% wesentlich zum Preisauftrieb bei, ohne Energie lag die Inflationsrate bei 2,5%. Die Energieverteuerung verflachte jedoch in den letzten Monaten im Vorjahresvergleich.

Die Anhebung der Tabaksteuer ließ die Zigarettenpreise um fast 10% steigen; dies erhöhte den Verbraucherpreisindex um fast ¼ Prozentpunkt. Die Einschränkung der Rückvergütungen für Zahnersatzleistungen und Sehbehelfe verteuerte die Gesundheitspflege der privaten Haushalte.

Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) stieg im Jänner deutlich schwächer (+2,4%) als der VPI. Dennoch war die Teuerungsrate in Österreich – im Gegensatz zu den vergangenen Jahren – höher als im Euro-Raum (+1,9%). Die Steigerung der Wohnkosten schlägt im HVPI etwas schwächer durch; überdies werden in diesem Index die Preisreduktionen im Zuge des Schlussverkaufes stärker erfasst.



Laut HWWA-Index waren Energierohstoffe im Jänner auf Euro-Basis um 30% (im 2. Halbjahr 2004 noch um 35%) teurer als vor einem Jahr. Die Notierungen von Nahrungsmitteln gingen dagegen deutlich zurück (–14%). Die Verteuerung von Rohwa-

ren ließ den Großhandelspreisindex im Jänner um 4,7% über das Vorjahresniveau steigen, deutlich weniger als im 2. Halbjahr. Die Überwälzung auf die Erzeuger- und Verbraucherpreise scheint diesmal geringer auszufallen als nach früheren Erdölpreisschocks. Die Erzeugerpreise der Industrie blieben bisher stabil, und auch die Löhne reagierten kaum auf den verstärkten Preisauftrieb.

Der Anstieg der Inflation hatte einen Rückgang der Bruttorealeinkommen je Arbeitnehmer zur Folge: Die Tariflöhne übertrafen das Vorjahresniveau im Jänner ähnlich wie in den Vormonaten um 2,1%. In der Lohnrunde der Metallindustrie wurde für 2005 ein Anstieg der Kollektivvertrags- und Ist-Löhne um 2,5% vereinbart, die Beamtengewerkschaften erzielten für 2005 eine Anhebung der Gehälter um 2,3%. Die Lohnerhöhung in den anderen Branchen fiel jedoch schwächer aus. Die Anhebung der Kollektivvertragslöhne und -gehälter der Gesamtbeschäftigten blieb damit deutlich hinter dem Preisanstieg zurück. Aktuelle Daten zu den Effektivverdiensten liegen derzeit nicht vor.

#### Arbeitslosigkeit steigt trotz Zunahme der Beschäftigung

Die Konjunkturerholung hatte einen Anstieg der Beschäftigung und der Stellenangebote zur Folge. Die Zahl der Arbeitslosen war jedoch im Jänner und Februar höher als im Vorjahr.

Die Arbeitsmarktlage hat sich mit der Konjunkturerholung im Laufe des Jahres stabilisiert. Seit Jahresbeginn 2004 nahmen Beschäftigung und Arbeitskräfteangebot gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt tendenziell leicht zu, die Arbeitslosenquote veränderte sich wenig.

Im Februar 2005 lag die Zahl der aktiv Beschäftigten um 26.000 (+0,9%) über dem Vorjahresniveau. Die Sozialversicherungsstatistik liefert leider keine Informationen darüber, wieweit der Anstieg der Beschäftigung auf Teilzeit- oder Vollzeitstellen entfällt. Die Zunahme der Beschäftigung von Männern seit dem Sommer (IV. Quartal +13.000 gegenüber dem Vorjahr) deutet darauf hin, dass auch die Vollzeitbeschäftigung wächst. Eine Steigerung der Teilzeitbeschäftigung ist zwar als Zeichen der Arbeitsmarktflexibilisierung und zunehmender Wahlmöglichkeiten der Beschäftigten zu begrüßen. Die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung ist allerdings auf Frauen konzentriert und trägt kaum zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit der Männer bei.

Der Einfluss der Konjunkturerholung zeigt sich vor allem in der Sachgüterproduktion. Hier wurde der Beschäftigungsrückgang im Laufe des Jahres 2004 deutlich kleiner. Zur Jahreswende scheinen in der Sozialversicherungsstatistik Umbuchungen zwischen der Sachgüterproduktion und dem Verkehrssektor vorgenommen worden zu sein. Die Konjunkturerhebung für die Sachgütererzeugung wies im III. Quartal einen Anstieg der Beschäftigung um 0,4% aus. Noch wesentlich stärker erhöhte sich die Zahl der geleisteten Stunden je Arbeiter (Überstunden, Arbeitstagseffekt).

Die Zahl der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten offenen Stellen (sie konzentrieren sich auf Industrie und Bauwirtschaft) nimmt bereits seit einigen Monaten zu. Im Februar lag sie um 2.400 (+11½%) über dem Vorjahresniveau. Auch die Entwicklung der Stellenangebote deutet auf eine Erholung der Industrie- und Baukonjunktur hin.

In der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist jedoch noch keine Wende zu beobachten. Die Zahl der Arbeitslosen übertraf das Vorjahresniveau im Februar um 7.600, obwohl jene der arbeitslosen Schulungsteilnehmer um 9.200 zunahm. Die ungünstige Witterung ließ vor allem die Arbeitslosigkeit von Bauarbeitern steigen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote erreichte im Februar 7,2% (laut Eurostat 4,5%).

Ein wichtiger Grund für die enttäuschende Entwicklung der Arbeitslosenzahlen liegt im starken Anstieg des Arbeitskräfteangebotes. Das Angebot an ausländischen Arbeitskräften nimmt trotz hoher Einbürgerungen rasch zu, insbesondere weil immer mehr Deutsche wegen der schlechten Arbeitsmarktlage auf den österreichischen Arbeitsmarkt drängen. Das inländische Arbeitskräfteangebot erhöht sich in den höheren Altersgruppen wegen der Pensionsreform, in den unteren Altersgruppen infolge des Eintritts starker Geburtenjahrgänge in den Arbeitsmarkt.